

30/SN-219/ME

**Sekretariat
der Österreichischen Bischofskonferenz**

A-1010 Wien, Rotenturmstraße 2 - DVR-0029874(001)

Wien, 1998 03 20

BK 92/2/98

Beiliegend:

Mit der Bitte um:

25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zum Entwurf eines BG, mit dem d.Bundespflegegeldgesetz geändert wird d.Bundesministeriums f.Arbeit, Gesundheit und Soziales, Zl. 40.101/2-9/98 ohne Begleitschreiben an:

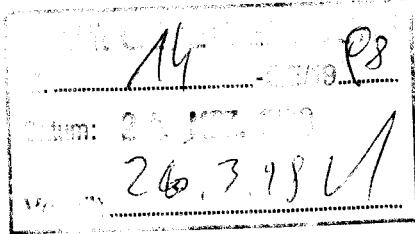
- Kenntnisnahme
- direkte Erledigung
- Stellungnahme
- Rücksprache
- Weiterleitung
- Weitere Veranlassung
- Rücksendung

- Zur freundlichen Information
- Im Sinne des Tel. Gesprächs vom
- In Beantwortung des Schreibens vom
-

An das
Präsidium des
Nationalrates
Dr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

Mit besten Empfehlungen

Sekretariat der
Österreichischen Bischofskonferenz



Müller
H. Kazianka

Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz

A-1010 Wien, Rotenturmstraße 2, Telefon 516 11/DW 3280 - DVR-0029874(001)

BK 92/1/98

Wien, 1998 03 20

An das
Bundesministerium
für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird - Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf das do. Schreiben vom 3. Februar 1998, Zl. 40.101/2-9/98 gibt das Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz folgende Stellungnahme ab:

Die in Aussicht genommene Änderung des Bundespflegegeldgesetzes wird von Seiten der Österreichischen Bischofskonferenz nach Rücksprache mit der Caritas Österreich, mit der Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften und mit der Vereinigung der Frauenorden Österreichs ausdrücklich begrüßt. Damit werden einige Forderungen, welche seitens kirchlicher Organisationen erhoben wurden, verwirklicht und das Los derer, welche durch ihren Gesundheitszustand, sei es psychisch oder physisch, zu den am meisten benachteiligten Gruppen in Österreich zählen, nicht unwesentlich verbessert. Dadurch wird die Forderung zur Solidarität mit den Benachteiligten einen Schritt der Verwirklichung näher gebracht.

Die dazu berufenen Institutionen der Katholischen Kirche werden sich weiterhin bemühen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Betroffenen auch tätig Hilfe zu geben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme ergehen gleichzeitig an das Präsidium des Nationalrates.



Mit freundlichen Grüßen

ihw
Michael Wilhelm
(Msgr. Dr. Michael Wilhelm)
Sekretär
der Bischofskonferenz